

Deutsche Reichs-Zeitung.

Abonnement: Vierteljährlich pränum. für Bonn incl. Traglohn 4 Mark; bei den deutschen Postämtern und für Luxemburg 4 Mark.

Organ für das katholische deutsche Volk.

Die Deutsche Reichs-Zeitung erscheint täglich, an den Wochentagen Abends, an Sonn- und Festtagen Morgens. Inserationsgebühren für die Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennig.

Bestellungen auf die „Deutsche Reichs-Zeitung“ für das mit dem 1. April beginnende 2. Quartal wolle man auswärts bei der nächsten Post-Anstalt, für Bonn in der Expedition (Stück Nr. 5) recht bald machen. Abonnementspreis bei der Post 4 Reichs-Mark, für Bonn incl. Traggeld 4 Reichs-Mark. Auflage 5400.

Die soziale Frage im Reichstage.

Die soziale und volkswirtschaftliche Frage überflutet gegenwärtig den Reichstag mit Anträgen und Gesetzesentwürfen. Voran ging die deutsch-konservative Partei mit einem förmlichen Gesetzesentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung. Die Wünsche der deutsch-konservativen Abgeordneten sind indes höchst beschäbener Natur, sie fordern vorerst nur strengere gesetzliche Bestimmungen über das Verhältnis der Lehrlinge zu den Meistern. Für die Besserung der namenlos traurigen Lage der Fabrikarbeiter, für die Erhaltung des kleinen Gewerbebetriebes gegen die Aufzucht durch das Großkapital, für den Schutz des Familienlebens durch Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, endlich für die Erhaltung des religiös-sittlichen Lebens unter der arbeitenden Bevölkerung hatte die deutsch-konservative Partei nicht einmal ein Wort der Erwähnung. Der Horizont der deutsch-konservativen Auffassung, mit der Beschränkung auf anderweitige Regelung des Lehrlingswesens, ist so eng begrenzt, daß es sich nicht der Mühe lohnt dem Gesetzesentwurf besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Trotzdem hat der deutsch-konservative Entwurf einige Herren von der national-liberalen, freikonserverativen und Reichspartei veranlaßt, auch ihrerseits Vorschläge über strengere gesetzliche Bestimmungen bezüglich des Lehrlingswesens zu machen. Der betreffende Antrag ist gestellt von Riedert, Dr. Wehrenpfennig und Genossen. Unter diesen Genossen nennen wir von National-liberalen die Herren v. Bennigsen, Stauffenberg, Völk, Lasker, Kieffer, Wolfson u. s. w.; von Freikonserverativen die Herren v. Rabenau, Graf Bethusy-Huc; von der Reichspartei: Fürst Hohenlohe-Langenburg, Graf Frankenberg, Fürst Carolath u. s. w. Auch diese Herren beschränken ihr ganzes Wissen, ihren Scharfsinn und ihre Weisheit auf das Lehrlingswesen.

Von den Sozialisten soll dem Vernehmen nach demnächst dem Reichstag ein vollständig ausgearbeiteter Gesetzesentwurf über ein Arbeiterchutzgesetz zugehen. Den umfassendsten Antrag hat das Centrum gestellt unter dem Namen Graf Galen und Genossen. Der Wortlaut ist Ihnen Lesern bereits bekannt, ich beschränke mich darauf, den Antrag einigermaßen zu erläutern. Der Antrag geht von der richtigen Voraussetzung aus, daß, ehe man Gesetze macht, eine ganz genaue Kenntnis der Beschwerden und Wünsche der arbeitenden Bevölkerung nötig ist. Er fordert deshalb eine neue Enquete, wobei nicht bloß die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeiter selbst mit ihren Wünschen und Klagen in umfassender Weise gehört werden sollen, als dies bisher der Fall war. Erst wenn in dieser Beziehung das nötige Material vorliegt, sollen demnächst in Reichstags-Gesetzesvorlagen gemacht werden, und zwar mit Berücksichtigung ganz bestimmter Gesichtspunkte. Diese Gesichtspunkte sind folgende:

Dem Arbeiter ist für seine körperliche Erholung und für seine religiös-sittliche Haltung die Sonntagsruhe und die Heiligung des Sonntags ein Bedürfnis. Der Centrumsantrag stellt darum für die gesamte arbeitende Bevölkerung die gesetzliche Forderung der Sonntagsruhe.

Bezüglich des Handwerkerstandes verlangt der Antrag „Graf Galen und Genossen“ Einschränkung der Gewerbefreiheit. Soll das Handwerk wirksam vor der Aufzucht durch das Kapital geschützt werden, so ist notwendig, daß für den Betrieb eines Handwerkes wieder Einschränkungen und gesetzliche Bestimmungen normiert werden. Gegenwärtig kann jeder Capitalbesitzer, ohne im mindesten den Handwerksbetrieb zu kennen, beliebig ein Geschäft anfangen und den selbstständigen Handwerker zum Lohnarbeiter herabdrücken. In allen Städten mehrten sich die jüdischen Geschäfte, Schneider-, Schuhwaarenläden, und im selben Verhältnisse vermindert sich die Zahl der selbstständigen Meister.

Aber nicht bloß dem aufsteigenden Kapitale gegenüber muß der Handwerker gesetzlichen Schutz finden, sondern auch das Verhältnis zum Gesellen und Lehrling bedarf einer besseren Regelung als bisher. In welcher Richtung hin eine Abhilfe anzustreben sei, hat der Antrag „Galen und Genossen“ ganz bestimmt ausgesprochen, indem es in den Motiven heißt: „Nur die Aus-

bildung korporativer Verbände mit genauer Feststellung der gegenseitigen Rechte und Pflichten von Meistern, Gesellen und Lehrlingen ist geeignet, einen wirklichen Erfolg zu erzielen.“

Der Antrag „Graf Galen und Genossen“ berücksichtigt nicht bloß den Handwerkerstand, sondern auch die Fabrikarbeiter. Sie fordert zu ihrem Schutze, um eine gesunde Arbeiterbevölkerung zu erzielen, Revisionen der gesetzlichen Bestimmungen über Freizügigkeit, ferner Normativbestimmungen für die Fabrikordnungen. Gerade diese letzten Bestimmungen halten wir für sehr richtig. Der Arbeiter muß gesetzlichen Schutz finden gegen übermäßige Anforderungen, namentlich bezüglich der Arbeitszeit, sonst ist er gerade in Zeiten der Geschäftsstockung, wie gegenwärtig, vollständig der Willkür preisgegeben. Es ist aber nicht möglich, für die verschiedenen Arbeitsgebiete eine und dieselbe Bestimmung festzuhalten; man muß vielmehr allgemeine Normativbestimmungen aufstellen, innerhalb deren Rahmen den einzelnen Fabrikordnungen je nach der Art des Betriebes ein freier Spielraum zu gewähren ist.

Ein sehr wichtiger Punkt ist das Verbot, Kinder unter 14 Jahren und verheiratete Frauen zur Fabrikarbeit heranzuziehen. Werden Kinder im jungen Alter bereits in der Fabrik beschäftigt, dann verfallen sie einem raschen Siechtume und erreichen niemals die Leistungsfähigkeit, wie jene Arbeiter, deren Jugendkraft gespart wurde. Hinwiederum stört die Heranziehung verheirateter Frauen das Familienleben, indem sie die Mutter der Sorge für ein geordnetes Hauswesen und der Erziehung der Kinder, also ihrer eigentlichen Aufgabe entzieht.

Durch Einführung gewerblicher Schiedsgerichte unter Mitwirkung freigewählter Vertreter der Arbeiter soll eine Organisation der Fabrikarbeiter zur Wahrung der eigenen Interessen ermöglicht und angebahnt werden. Ein besonderer Nachtheil für die Fabrikarbeiter wurde durch das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 dadurch geschaffen, daß sie bei einem allenfallsigen Unglücke den Beweis zu erbringen haben, daß sie nicht durch eigene Schuld den Unfall veranlaßt haben. Dieser negative Beweis ist unendlich schwierig und die meisten Arbeiter haben durch das Haftpflichtgesetz nichts gewonnen. Der Antrag „Graf Galen“ wünscht darum, daß für die Arbeiter in Bergwerken und gewerblichen Anlagen ganz dieselben Bestimmungen festgestellt werden, wie für die Reisenden in Eisenbahnen. Die Eisenbahndirektionen sind für jeden Unfall und die dadurch erfolgte Verletzung der Reisenden haft- und ersatzpflichtig, wenn sie nicht nachzuweisen im Stande sind, daß das Unglück durch eine außer der Berechnung liegende höhere Macht (z. B. Blitz, plötzliche Ueberschwemmung u. s. w.) veranlaßt sei.

Eine große Calamität für den Wohlstand und die Sittlichkeit der arbeitenden Bevölkerung bilden die vielen neuen Gast- und Schenkwirtschaften. Der Antrag „Graf Galen“ fordert darum eine größere Ausdehnung des Concessionsrechtes, überhaupt eine anderweitige Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über die concessionspflichtigen Gewerbe.

Sie sehen, daß der Antrag „Graf Galen“ umfassend ist, wenn er gleich nicht alle Verhältnisse und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung berücksichtigt. Jedenfalls hat er vor den Anträgen der übrigen Parteien die systematische Auffassung voraus: Es muß mit der bisherigen Wirtschaftspolitik und socialen Gesetzgebung gebrochen werden. Dies ist der Grundton des Antrages Graf Galen und Genossen. Und damit spricht dieser Antrag der großen Mehrheit des Volkes aus dem Herzen!

Deutschland.

* Berlin, 26. März. Die Nordd. Allgem. Ztg. berichtet: „Das Abschiedsgesuch des Chefs der Admiralität, General der Infanterie v. Stosch, ist durch allerhöchste Cabinetsordre vom 25. d. M. abgelehnt worden. Durch die in demselben zum Ausdruck gelangte allerhöchste Willensmeinung ist die Angelegenheit dahin erledigt worden, daß der Chef der Admiralität mit dem heutigen Tage die Dienstgeschäfte wieder übernommen hat.“ — Die Kreuzzeitung meldet über dieselbe Angelegenheit: „Der General der Infanterie, Staatsminister v. Stosch, wird,

legen wollte. Ja, wenn Du ein Fremder wärst. Außerdem bist Du, so viel ich weiß, Advocat, und — „Es ist kein Gläubiger,“ unterbrach Heston finster den Redenden, „und die Sache, in der ich Dich um Deinen Rath bitten wollte, betrifft weder Geld noch Geldswert, sondern die Ruhe meines ganzen Lebens.“

„Was hast Du?“ sagte Siftly erstaunt, „Du bist ja ganz außer Dir. Wen erwartest — oder wen fürchtest Du?“

„Fürchten — Du hast das rechte Wort genannt,“ rief Heston rasch, indem er des Mannes Arm ergriff und schen über seine eigene Schulter sah, als ob er das Schreckbild, das seine Ruhe vergiftete, schon da, schon in seiner Nähe wähnte.

„Fürchten — bah!“ riefte aber der Amerikaner verächtlich zwischen den Zähnen durch. „Wenn es ein Wesen ist, dem sich mit Pulver und Blei oder kaltem Stahl beikommen läßt, was hat Du da zu fürchten? Ich fürchte den Teufel nicht!“

Heston sah wild und stier in seine Augen. Es war, als ob ihm selber in dem Moment ein neuer Gedanke, ein Hoffnungsstrahl dämmere.

„Und wer ist's?“ frag Siftly jetzt mit ruhiger Stimme, während das verächtliche Lächeln seine Lippen noch immer nicht verlassen hatte.

„Der frühere Bräutigam meiner jetzigen Frau!“ flüsterte da Heston.

„Hahaha!“ lachte der Amerikaner, „das ist allerdings eine wunderliche Verwandschaft. Bist denn Du der nicht selber gewesen?“

„Höre mich,“ sagte Heston, mit vor innerer Aufregung fast heiserer Stimme. „Meine Frau war verlobt, ehe sie mich kennen lernte; sie hielt ihren Bräutigam für todt, heirathete mich und erhielt erst nach unserer Trauung die Nachricht, daß er noch lebe und sie aufsuchen wollte.“

„Und woher weißt Du das?“

„Sie hat es mir selber gesagt — mir den Brief gezeigt.“

„Sie selber? Gm, dann ist die Sache auch nicht so gefährlich. Sie mag dann jedenfalls nichts mehr von ihm wissen.“

„Ich fürchte, sie liebt ihn heißer als je,“ flüsterte aber Heston, „und thut nur das, was sie eben für ihre Pflicht hält.“

„Und weiß er, wo sie ist?“

„Ich hoffe, nein — ich habe ihn wenigstens auf eine falsche Fährte gesetzt, falls er ihr nachforschen sollte. Aber wenn er nun doch —“

„Du quälst Dich mit einem Hirngespinnst,“ sagte da kopfschüttelnd der Amerikaner. „Wozu die vielen Wenden und Aber? Erst laß ihn kommen; nachher ist immer noch Zeit, ihn bei Seite zu lassen, falls er gefährlich werden sollte. Es ist ein Landmann?“

wie es heute heißt, in seinem Amte als Chef der Admiralität verbleiben. Diese Entscheidung soll durch ein anerkennendes und die Differenz zwischen Herrn v. Stosch und dem Reichstanzler belegendes kaiserliches Schreiben herbeigeführt sein. General v. Stosch wird in nächster Zeit in Wilhelmshaven und Kiel zu einer Inspektion erwartet.“

++ Berlin, 26. März. Ob General v. Stosch die nachgefragte Entlassung als Chef der Admiralität erhalten wird, soll wieder zweifelhaft sein (vgl. oben). Danach möchte es nicht unangebracht sein, darauf hinzuweisen, daß der General sehr hoch in der Gunst des Kaisers steht. Diese Gunst hat er sich besonders erworben als General-Intendant der Armee während des französischen Krieges und durch die wirksame Entfaltung unserer Marine und Küstenverteidigung, die ihm in ganz besonderem Maße zu danken ist. Dem Reichstanzler gegenüber hatte der General eine weniger abhängige Stellung. Dennoch sind Reibungen zwischen beiden wiederholt vorgekommen. Aber bei allen Reibungen blieb der General fest in der Gunst des Kaisers: ihn zu stürzen, war nicht möglich. Da kommt nun am 10. März die Rede des Reichstanzlers über die Frage der Reichsministerien, die derselbe bekanntlich nicht will. Er bringt dabei, wie wohl die Sache für seine Abneigung gegen die Reichsministerien durchaus keine Beweiskraft hat, eine Differenz zur Sprache, die im vorigen Jahre zwischen ihm und der Marineverwaltung bestanden hat: ihm hat der Chef der Admiralität nicht zugeben wollen, mit einer geringeren Summe auskommen zu können, dem Abg. Richter gegenüber hat derselbe sofort nachgegeben, ja mit einer noch geringeren Summe sich zufrieden gestellt, als der Reichstanzler gewollt hat. Hat nun der Fürst diese mit seiner These gar nicht zusammenhängende Sache herbeigezogen, um den General zu entfernen? Es konnte dies geschehen durch einen Angriff vor den erwählten Vertretern des Reiches, indem für den General nichts übrig blieb, als entweder volle Genugthuung zu fordern oder seinen Abschied zu nehmen. Genugthuung zu geben, weigerte sich der Fürst. Sollte nun der General aus der Reichsregierung wirklich ausscheiden, so geht damit der einzige Mann, der, wie die „Neue Reichszeitung“ sagt, noch einen Willen neben dem Reichstanzler hatte; aber, meint das Blatt, die Reaction gegen die Allmacht des Fürsten gewinnt erheblich an Kraft, wenn für sie eine Persönlichkeit in den Vordergrund gedrängt wird, die sich nicht durch Intriguen unnötig gemacht hat, sondern nur zurückschritt, weil sie zu viel männlichen Stolz besaß, um eine derartige Behandlung zu ertragen.

Die Nachricht über das bevorstehende Ausscheiden des Bezirks-Präsidenten v. Ernsthausen, welche neulich aus Colmar gemeldet wurde, kann die „Köln. Ztg.“ als unrichtig bezeichnen. Allerdings sind Verhandlungen gepflogen worden über den Eintritt des Herrn v. Ernsthausen in das preussische Ministerium des Innern; dieselben haben sich jedoch zerschlagen.

Zur Affaire auf dem Alexanderplatz wird dem „Berl. Tagebl.“ nachträglich mitgeteilt, daß einer der Excedenten, welcher einen Verhafteten zu befreien versuchte, auf der Flucht von dem ihn verfolgenden Polizei-Lieutenant einen Hieb mit scharfer Klinge über den Kopf erhalten hat und bereits gestern an der erhaltenen tiefen Wunde verstarb. Die Untersuchung gegen den betreffenden Polizei-Lieutenant ist eingeleitet worden.

In der Königsberger „Hart. Ztg.“ lesen wir nachstehendes Inserat:

„Die hiesige königl. Staatsanwaltschaft belegt Briefe, die unter meiner Adresse auf dem hiesigen Postamt eingehen, mit Beschlagnahme. Der Staatsanwalt hecht läßt sie sich ausliefern und sendet sie mir erst, nachdem er sie geöffnet und durchgesehen — mit dem Siegel der königl. Staatsanwaltschaft verschlossen — zu. Diese Maßregel hat er als öffentlicher Ankläger in einem politischen Prozeß ergriffen, in welchem ich am 15. Februar d. J. in erster Instanz freigesprochen bin, und in welchem er die Appellation eingelegt hat. Alle diejenigen, die mit mir in Correspondenz stehen, bitte ich, hiervon Kenntnis zu nehmen. Königsberg i. Pr., den 22. März 1877. Hermann Arnoldt.“

Der „Culturkampf“ ist hier in Berlin bereits auf die Gebatter Schuster und Buchbinder gekommen. Am Königsgeburtstages transparentirte nämlich die Schusterfirma Spier und

„Rein — ein Engländer.“ „Ein Engländer? — puh, und deshalb das Aufheben?“ lachte der Mann und machte sich von Heston, der seinen Arm gefaßt hatte, los. „Ich hätte Dich für vernünftiger gehalten. Ist er geschiedt, so folgst er Dir nicht nach, und läme er wirklich — wollten wir es ihm verzeihen, auf fremdem Revier zu jagen. Aber jetzt sag mir, was ist Dir überhaupt eingefallen, mit einer Frau nach Californien zu kommen? Was um Gottes willen gedenkst Du hier mit ihr zu thun und wo zu bleiben? In der Stadt?“

„Ich weiß es selbst noch nicht,“ sagte Heston. — „Nur fort wollte ich — fort aus jener Gegend, wo ich jeden Augenblick fürchten mußte, mit einem Nebenbuhler zusammenzutreffen, und da war Californien.“

„Das unglücklichste Land der Welt, das Du Dir hättest aussuchen können,“ unterbrach ihn Siftly. „In späterer Zeit mag es allerdings sein, daß auch Frauen und Familien hier herüberziehen; jetzt aber ist das ganze Land nur ein rauher Staat für Männer. Wie eine Färsin könnte Du auch in jedem andern Deine Frau mit demselben Geld unterhalten, was es Dich hier kosten wird, ihr nur die nötigsten Bedürfnisse zu verschaffen. Doch das ist eine Sache, die Du mit Dir selber auszumachen hast — apropos, wie heißt denn jener englische Herr, vor dem Du einen so heillosen Respekt hast — wenn ich ja einmal zufällig mit ihm zusammentreffen sollte?“

„Goway — Charles Goway.“

„Es ist gut — ich werde mir den Namen merken,“ nickte Siftly.

„Und was soll ich jetzt thun?“

„Du — Nichts. Warte ab, bis er wirklich kommt, dann erklär ihm ganz einfach, daß Du ihm ohne weitere Warnung eine Kugel durch den Kopf schiefen würdest, so wie er nur ein einziges Wort mit Deiner Frau wechselt — und nachher mach' Deine Drohung wahr. Die Gesele braucht Du nicht zu fürchten; erstlich schämen sie Dich, wo Du so auffallend in Deinem Recht bist, und — thäten sie es nicht, so find wir selber Manns genug, das zu bejagen. Jetzt aber mußt du fort; ich habe überdies schon viel zu lange Zeit hier mit Dir verplaudert. Heut Abend findest Du mich wieder im Saal des Parter-hauses.“

„Aber das Courthouse?“

„Ist jenes lange Gebäude dort drüben,“ sagte Siftly mit dem Arm über die Plaza deutend, nickte Heston zu und schritt rasch die der Bai zuführende Straße hinab.

(Fortsetzung folgt.)

Californien.

Von F. G.

(Fortsetzung.)

„Heston,“ sagte da endlich ungebildig der Amerikaner, „ich glaube, Du hättest mir etwas sagen wollen. Dem Geschebel da oben zu lauschen habe ich weder Zeit noch Lust, und wenn Du doch einmal nicht mehr spielen willst, so rief' Heston mit dem, was Du hast, oder ich gehe meiner Wege.“

„Du hast Recht,“ sagte Heston rasch, indem er seinen Arm ergriff und ihn dem Eingang zuzog — „ich war ein Thor, mich nur so lange, als ich gethan, diesen fremden Eindringlingen hinzugeben. Komm mit mir in's Freie, und Du sollst Alles wissen.“

„Hoho, hast Du schon Geheimnisse, und laum den Fuß auf unsern Boden gesetzt?“ lachte Siftly.

„Geheimnisse gerade nicht, wenn ich Dich auch bitten werde, mit Niemand weiter darüber zu sprechen,“ sagte Heston, während er mit einiger Mühe der Thür zu drängte und endlich das Freie gewann; „aber ich brauche Deinen Rath, und den wirst Du mir nicht verlagen.“

Die beiden Männer hatten jetzt die Plaza wieder betreten und schritten langsam Arm in Arm über den offenen Platz, das ärgste Gedränge der hier auf und ab wogenden Menschen an den Häusern und Zelten zurücklassend. Als sie etwa die Mitte desselben erreicht hatten, blieb Heston stehen und sagte:

„Erstirbt hier ein Plag, wo man die Fremdenlisten einsehen kann?“

„Fremdenlisten?“ frag Siftly erstaunt — „was willst Du mit denen? und wer bekümmert sich hier eigentlich um Die, die kommen oder gehen?“

„Werden überhaupt Fremdenlisten geführt?“

„Ich glaube, ja. Wenn man auch die Leute selber nicht mit Fragen belästigt, müssen wenigstens die Capitaine, so viel ich gehört habe, ihre Passagierlisten einreichen. Nur über die Laufende, die aus den Staaten über die Berge kommen, wird aus dem einfachen Grunde keine Kontrolle geführt, weil das unmöglich wäre.“

„Die Schiffslisten genügen,“ sagte Heston rasch, „und wo kann ich die einsehen?“

„Ich glaube im Courthouse, wo ein Fremdenbureau errichtet ist, oder errichtet werden soll. Aber Du fürchtest doch nicht etwa einen Gläubiger? Hahaha, der müßte viel Geld mit her bringen, wenn er in jetziger Zeit eine derartige Klage gegen einen Amerikaner durch-

Sofenfeld in folgenden Versen: „Die römischen schwarzen Schnallenschuhe, die sind geklopft ganz weich.“ Und ein Buchbinder hatte also illuminiert: „Hoch lebe mein Kaiser, mein Meister und Held, auch wenn es den Schwarzen so recht nicht gefällt.“

Aus Kiel wird vom 25. d. Vormittags gemeldet: Die fällige Post aus Christiania vom 28. d. ist ausgeblieben.

Breslau, 26. März. Die heutige Generalversammlung der sächsischen Bank war von 66 Actionären besucht, welche 7762 Aktien vertraten. Der vorgelegte Jahresabschluss und die vorgeschlagene Dividende von 8 Prozent, welche von morgen ab erhoben werden kann, wurden ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Constanz, 25. März. Ein Extrablatt der Const. Ztg. meldet: „Bei dem großen Interesse, welches die hiesigen Vorgänge in weiteren Kreisen erregt haben, wollen wir nicht versäumen, auf diesem Wege mitzutheilen, daß Herr Oberbürgermeister Stromeyer heute Vormittag bei groß. Bezirksamt seine Demission eingereicht hat.“

Wien, 26. März. Die „Vol. Corr.“ meldet aus Petersburg vom 20.: Die gestern hier abgegangene Fassung des Protocolls schlug nachstehenden Inhalt vor: 1) Specificirung der Reformen und administrativen Maßnahmen für Bosnien, Herzegowina und Bulgarien, wie solche von der Vorconferenz als notwendig anerkannt worden und von welchen ein Theil bereits von der Pforte angenommen und zur Durchführung vorbereitet, ein andere aber bisher abgelehnt wurde; 2) im Falle die Pforte die im Protocoll aufgeführten Reformen nicht annimmt oder im Falle der Annahme nach einer Zeit nicht ausführt, solle es den Mächten freistehen, gegen die Pforte executivisch vorzugehen.

Wien, 26. März. Ignatjew hatte, laut der „Frankf. Ztg.“, gestern eine dreistündige Conferenz mit Andrassy, heute hat der General eine Audienz beim Kaiser. Die Verhandlung über das Protocoll ist nach Ignatjews Version nicht abgebrochen, sondern nur bis zur Demobilisirungsfrage vertagt. Die Verhandlung darüber dauert fort und wird ein günstiger Verlauf derselben von dem Ausgang der Friedensverhandlungen mit Montenegro abhängig erklärt.

Wien, 26. März. Der Kaiser wird morgen den General Ignatjew in besonderer Audienz empfangen. Der General wird sodann mit seiner Gemahlin an dem Hofbinder theinehmen und hierauf die Rückreise nach Petersburg über Berlin antreten. Heute diniren der General Ignatjew und Gemahlin bei dem Grafen Andrassy.

Wien, 26. März. Nach mehreren Blättern soll sich Ignatjew in Folge des Verlaufes der Unterredungen mit Andrassy, in denen der General bemerkt war, das Dreikaiserbündniß in den Vordergrund zu drängen und Oesterreichs Beitritt zu angeblich bestimmten Zusicherungen des Berliner Cabinets zu erlangen, entschlossen haben, schon morgen zum mehrtägigen Aufenthalt nach Berlin zurückzukehren.

V. Prag, 25. März. Als ich gestern meinen Brief an Sie schon ausgehen hatte, durchreichte eine Trauerbotschaft die Stadt. Graf Adolph von Bergen, Komthur des Malteser-Ordens, Geheimrath und Oberhofmeister der Kaiserin-Wittve Maria Anna, ist gestern kurz vor Mittag an einer Lungenentzündung gestorben. Er war ein katholischer Cavalier in des Wortes bester Bedeutung, und es ist eine Pflicht der katholischen Presse, dem ehlen Todten, dessen irdische Hülle droben auf der Königsburg am Stadtschloß liegt, wenigstens einige Worte zu weihen. Er war am 26. Februar 1813 geboren, wurde also wenig über 64 Jahre alt. Als Maltefer lebte er ehelos und war stets ein Freund der Armen und ein treuer Mitter seiner heiligen Kirche. Noch Freitag Nachts erwarteten die Ärzte, den Verbliebenen am Leben erhalten zu sehen. Erst gestern Vormittags trat eine Verschlimmerung ein; nach zweistündigem ruhigem Schlaf folgte neues Fieber, dann schmerzhafter Husten und kurz vor Mittag das Hinscheiden. Sein Erbe ist, wie man hört, Graf Anton von Bergen, einer der Unterzeichner des Aufrufs zum allgemeinen österreichischen Katholikentage, der vom 16.—19. Juni zu Wien gehalten werden soll. — Was nun die Beschickung dieses Katholikentages von Seiten Böhmens betrifft, kann ich Ihnen gute Nachrichten geben. Von Seiten der Deutsch-Böhmern steht das wädrere Nordböhmische Volksblatt, von Seiten der katholischen Gelehrten der „Glocke“ tüchtig gegen die Gassen der kirchlich-radikalen Politik zu Felde. Dem Himmel sei Dank, daß man erwacht und sich schüttelt. Was hat Saul unter den Propheten zu thun!

Pest, 26. März. Das Unterhaus hat die Anleihevorlage, deren Annahme Finanzminister Eyll und Ministerpräsident Tisza befürworteten, mit 166 gegen 74 Stimmen unverändert genehmigt.

Ungarn, 24. März. Die Beispiele reihen sich. Nach dem János neulich gemeldeten Vorgänge hat nun auch das Pesther Komitat in seiner Sitzung vom 20. d. M. mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, an das Parlament eine sehr scharfe Vorstellung zu erlassen und sämtliche Komitate zu dem nämlichen Schritte einzuladen. Es steht zu befürchten, daß diese Rundgebung der Ausgangspunkt einer lebhaften, vielleicht übermüthigen Agitation in den Municipien werde. Man scheint dies bereits von Seiten des Ministeriums und der Abgeordneten zu ahnen. Auf den 22. d. M. war nämlich der Beginn der Osterferien für die Parlamentarier angelegt, aber in der Parteiconferenz, die am 20. d. M. stattfand, und in welcher die Wiederwahl der bisherigen Commissionsmitglieder beschlossen wurde, gab schließlich Tisza unter allgemeiner Spannung die folgende Erklärung ab: „Die Abgeordneten mögen morgen (21.) vorläufig noch keine Resolutionsdispositionen treffen, da vielleicht ihre Anwesenheit noch einige Tage länger erforderlich sein werde.“ — Allgemein ist die Meinung verbreitet, daß die Firma Tisza nach Beendigung der Ausgleichs-Verhandlungen in den beiden Häusern ihren Schluß einziehen werde. Sagen die Reichsboten zu dem Werke Ja, — was noch sehr fraglich ist — so hat das unpopuläre gewordene Cabinet seinen Dienst gethan und kann gehen; stimmen aber die beiden Häuser mit Nein, dann muß es gehen. Bereits mehr als Jahresfrist haben die drei liberalen Ministerien Habsburgs über dieser Arbeit gekümmert und alle Berge und Thäler damit erfüllt, bis jetzt ein kleines Mäuschen herauspringt. — Die Sperrigkeit der Ungarn, an dem allgemeinen österreichischen Katholikentage zu Wien theilzunehmen, darf Sie nicht in Staunen setzen. Der Magyar, selbst soweit er katholisch ist, bleibt einmal Ungar und huldigt dem Söke: Extra Hungarum non est vita, et si est vita, non est ita.

Italien.

Rom, 26. März. Eine Depesche aus Australien meldet den Tod des Erzbischofs von Sydney, Msgr. Joh. Baptista Volbing. Er war seit dem 15. Februar 1842 der erste Erzbischof von Australien. Der von ihm 1845 versammelten ersten Provinzialsynode wohnten vier Bischöfe an. 1873 erhielt er zu seinem Coadjutor Msgr. Roger-Beda Vaughan, Erzbischof von Nazianz i. p. i., der nun auch sein Nachfolger auf dem Stuhle von Sydney ist. — Der Erzbischof von Lissabon organisiert einen Pilgerzug nach Rom.

Frankreich.

Paris, 26. März. Die katholischen Blätter veröffentlichen folgende Notiz: Die Katholiken des Senats und der Kammer haben auf's tiefste das schmerzliche und achtungsvolle Gefühl mitgetheilt, welches durch die Allocution Sr. Heiligkeit in den Herzen aller Katholiken erregt worden ist. Einige unter ihnen, welche sich zu Dolmetschern dieser Gefühle machen, betrachten es als bringlich, dieselben auch dem Minister des Auswärtigen gegenüber auszusprechen und seine besondere Aufmerksamkeit auf die Erleichterung der Lage des Papstthums zu lenken. Es erfolgte die Antwort des Ministers, daß seine Sorgfalt stets nachschauen sein werde, daß er sich mit der Frage der Unabhängigkeit des hl. Stuhles ernstlich beschäftigt habe und stets beschäftigen werde.

Spanien.

Madrid, 23. März. Der A. Fr. Pr. wird von hier geschrieben: „Einer heute Abend eingelangten Depesche aus Rom zufolge hat der Papst die offizielle Nachricht von der bevorstehenden Verheirathung König Alfonsos mit der Tochter des Herzogs von Montpensier erhalten.“

England.

London, 25. März. Der Eilzug von Schottland nach London ist heute früh unweit Morpeth entgleist; 5 Personen blieben auf der Stelle todt, eine große Anzahl anderer wurde verletzt.

London, 26. März. Die Petersburger und Wiener Nachrichten aller Blätter lauten ungünstig für die Erhaltung des Friedens, da die Rüstungen Rußlands angeblich in großem Maßstabe betrieben werden. — Bagehot ist gestorben.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. März. In dem vom Folkething beauftragten Budget des Budgets eingelegten gemeinsamen Finanzausschuss wurde der Antrag der Linken, dahingehend, daß die Demission des Ministeriums die Vorbedingung für jede weitere Budgetberatung sei, von der Rechten einstimmig abgelehnt. Die Regierung wird eine vorläufige Budgetvorlage einbringen und die Reichstagssession wiederholt verlängern.

Türkei.

Constantinopel, 25. März. Eine Anzahl Deputirter hat die Absicht ausgesprochen, wegen der Verbannung Midhat Paschas demnächst eine Interpellation an die Regierung zu richten. — Bei den hier befindlichen Truppen tritt ein Garnisonwechsel ein, an die Stelle derselben treten Truppentheile, die aus Syrien kommen.

Amerika.

Ueber die Vorgänge in Ouito seit Ausbruch der Revolution gegen den Präsidenten Boreto, meldet die Köln. Volksztg. Folgendes:

Nachdem die Kothien im vorigen Sommer den General Ventimilla beredet hatten, sich an ihre Spitze zu stellen, und die Revolution zu organisiren, entstand ein Zustand peinlicher Ungewissheit. Ventimilla verläumte, gleich auf Ouito zu marschiren, und so gelang es dem Präsidenten Boreto, viele Truppen zusammenzubringen. Nichts desto weniger dankte der Präsident ab, und eine vom General Saenz, dem Kriegsminister, aufgestellte provisorische Regierung trat an seine Stelle. Saenz war durch seine Unthätigkeit schuld gewesen, daß nach der Ermordung Garcia Morenos ein gedungener Pöbelhaufe die conservative Regierung stürzte, und darauf der auch von den Liberalen begünstigte Boreto zum Präsidenten gewählt wurde. Die Kothien hatten damals noch keine Hoffnung, an's Ruder zu gelangen. Deshalb sollte die Präsidenschaft eines wenig energiegelassen Mannes als Brücke zur Verwirklichung ihrer Pläne dienen. Boreto ließ denn auch ruhig die radikalen Revolutionäre aus ihrem Exil zurückkehren. Der hervorragendste von diesen war Urbina, ein früherer Präsident von Ecuador, welcher dort mit seiner Regiergarte ein Schredens-Regiment geführt hatte, bis Garcia Moreno demselben ein Ende gemacht. Urbina war binnen Jahresfrist mit seinem Wählern so weit gediehen, daß er in Guayaquil eine Revolution wagen konnte. Er gewann den zur Dämpfung der Unruhen gelangten General Ventimilla, den thätigsten Soldaten, welchen die Republik hatte, indem er ihm die künftige Präsidenschaft in Aussicht stellte und noch dazu seine Tochter zur Ehe versprach. Eine große Schwierigkeit war jedoch der Mangel an Waffen in Guayaquil; dieselben mußten erst vom Auslande eingeführt werden. Als sie anlangten, begann der Krieg ernstlich. Die Regierung von Ouito ließ von drei Seiten Truppen gegen Guayaquil marschiren: 1. durch den Chimborazzo-Paß über Guaranda; 2. von Guena, der südlichsten Provinz der Hochebene, und endlich 3. von Esmeraldas und Manabí im Tiefland. Am 14. December kam es zu zwei Schlachten: Urbina kämpfte bei Tigua in der Nähe von Guaranda gegen Saenz, Ventimilla bei Salte, auf dem Weg von Guayaquil nach Guena, gegen Omitza. Die Treffen waren sehr blutig, endigten aber zu Gunsten der Revolutionäre. Am 26. December zog Ventimilla mit seinem Heere in Ouito ein, und die noch im Tieflande operirenden Regierungstruppen suchten im Gebirge eine Zuflucht. Ventimilla ist jetzt zum höchsten Haupte der Republik ausgesprochen worden, und wird sich demnächst zum Präsidenten wählen lassen. Wahrscheinlich wird dann auch ein Congress zusammenkommen, welcher die von Moreno aufgestellte katholische Verfassung gänzlich abthun wird. Persönlich ist Ventimilla der Kirche durchaus nicht abgeneigt; auch hat er alles aufgegeben, um die deutschen Jesuiten in Ecuador zurückzubehalten. Ob aber die Kothien, mit denen er sich verbunden hat, ihm erlauben werden, so seine persönliche Ueberzeugung zu betheiligen, dürfte doch sehr bezweifelt werden.

Vermischte Nachrichten.

Donn, 27. März. Heute Morgen halb fünf Uhr verstarb nach längeren Leiden der außerordentliche Professor der Pastoraltheologie, Herr Dr. Laurenz Roth. Die römisch-katholisch-theologische Facultät wird um so mehr durch diesen Verlust betroffen, als die Zahl ihrer Dozenten nunmehr auf drei reducirt ist. Die zahlreichen Schüler des Verbliebenen werden ihm ein dankbares Andenken bewahren und seiner im Gebete gedenken.

Donn, 27. März. Gemäß der gefälligen Verfügungen nimmt das Sommersemester bei der Universität im laufenden Jahre mit dem 9. April seinen Anfang. Es ist das zwar früh, aber die gefälligen Bestimmungen schreiben es so vor. Die Studierenden, welche sich um die Stundung der Honorare bewerben wollen, haben sich vorchriftsmäßig innerhalb der ersten Woche nach dem gefälligen Anfange mit ihrem Gesuche an die Universitätsbehörde zu wenden. Ebenso haben diejenigen, welche sich um ein akademisches Beneficium zu bewerben gedenken, innerhalb der ersten vierzehn Tage nach dem gefälligen Anfange ihre Gesuche bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung persönlich auf dem Universitäts-Secretariate einzulegen. Diejenigen, welche bereits die Stundung besitzen, müssen gleichfalls von ihrer Berechtigung innerhalb der ersten acht Tage auf der Universitäts-Cassette Gebrauch machen. Doch kann in Bezug darauf durch den Rector der Universität Verlängerung bewilligt werden. Die Immatrikulationen sollen mit dem 3. April beginnen.

Donn, 27. März. Soeben erhalten wir das diesjährige Programm des hiesigen kgl. Gymnasiums. Dasselbe enthält einen Aufsatz des Herrn Oberlehrers Dr. van Hout: „Zum Briefwechsel des älteren Hieronymus Baumgartner“ und dann Schulnachrichten vom Director Hrn. Dr. Aug. Waldbey.

Aden, 26. März. Die „Köln. Volksztg.“ meldet: Die Theiligung von Seiten der Bürgerschaft an der gestrigen Römervahrt war eine ungemein rege. Die Zahl der Theilnehmer an dem allhergebrachten Bittgange war wesentlich größer als in den vorhergehenden Jahren. — Bei der gestrigen in der Ausstellung des Vereins für Geselligkeit“ erfolgten Prämirung wurden Preise zuerkannt: für Hühner: Herrn Jul. Joh. Klassen in Aden (Bermel-Medaille); den Herren Bannier in Vuricheld, Taubenpfer in Aachen, (Silberne); den Herren Director Westermann in Antwerpen, Gramer in Godesberg, Director van der Smidt in Düsseldorf, A. Bismarck in An. Ghr. Metzgerich, Th. Burgwinkel, A. Adler, A. Penner und Th. Adig in Aden, Lieben in Haus Forst, Freudenberg in Oberheina, Reumann in Obercaffel, Bailly und sons aus London, Freirelein in Solingen, Schauffel in Giesleben, Holtzhaus in Ronsdorf, Blumenhoff in Bochum (bronze Medaille); für Tauben: Herrn J. Bloos in Brühl (Bermel-Medaille); den Herren J. Reumann in Obercaffel, Grüniger in Aden (Silberne); den Herren G. Grisse, J. Liebelt, G. J. Röding, A. Schlieper, J. Weg in Aden, A. Taubenpfer in Aachen, Schauffel in Giesleben, Prof. Selig in Kiel, Praiser in Reichenbach, Bailly und sons in London, Director van der Smidt in Düsseldorf, Klöppel in Zeulenroda (bronze); für Vögel: Herrn Ad. Bonvie in Aden (Silberne) und den Herren G. Metzgerich, J. Liebelt, A. Adler in Aden, G. Peters in Deup, Degen in Nippes, Haas in Ehrenfeld, Rasper in Breslau, Meier in St. Andreasberg, Reibel in Stettin (bronze Medaille). Die Ausstellung war am gestrigen Großfesttage von 700 Freunden und Freunden der Ornithologie besucht. Das Arrangement ist vorzüglich und unter den ausgestellten Thieren wahrhaft seltene Exemplare.

Aden, 26. März. Während die Pulver-Fabrication für montane Zwecke fast gänzlich daniieder liegt, erfreut sich die für Kriegszwecke unangelegte einer großen Beschäftigung. Die hiesigen Blätter vernehmen, geht demnach, wahrscheinlich schon in der nächsten Woche, der zweite Pulver-Transport, zehn Doppel-Waggons, von der Sieg (Schlabern) nach Aden.

Gladbach, 24. März. Dem Vernehmen nach hat Oberbürgermeister Rottkammer, nach 53jähriger Dienstzeit, seine Entlassung von Stadtbach Rad nachgeschickt.

Urweiler, 24. März. Am vorigen Donnerstag starb in Folge eines Herzschlages der Pastor Kirz von Kesch, der, wie die „Köln. Volksztg.“ mittheilt, mit seiner Gemeinde in dem Verlaufe des Culturkampfes gänzlich zerfallen war.

Goblenz, 24. März. Die Frage betreffs der Sommerferien und deren Dauer an den höheren Lehranstalten ist, laut der „Köln. Ztg.“, dahin entschieden worden, daß schon vom laufenden Jahre ab die Sommerferien nicht wie bisher vier, sondern volle fünf Wochen dauern sollen. Um indessen den Anfall von einer Woche für den laufenden Unterricht wieder auszugleichen, sollen fortan die Osterferien wie die Michaelis-Ferien statt der bisherigen Dauer von zwei Wochen nur eine

solange von je 1 1/2 Woche umfassen. Dem entsprechend ist die Ferien-Ordnung für das laufende Jahr wie folgt festgelegt: 1. Osterferien vom 24. März bis excl. 5. April; 2. Pfingstferien vom 18. Mai bis excl. 24. Mai; 3. Sommerferien vom 7. Juli bis incl. 11. August; 4. Michaelisferien vom 3. October bis excl. 15. October; 5. Weihnachtsferien vom 22. December bis excl. 7. Januar 1878.

Von der Weser, 26. März. Mit heute begann der Bau des Bahnhofs zwischen Clotten und Pommern. Mit diesem Bau wird sich endlich auch das ganze geschäftliche Leben hoffentlich zum Besseren gestalten, da wir von den Vortheilen eines Bahnhofs bis dahin noch gar wenig verspürten.

Mainz, 25. März. In dem Wucherverfälschungsproceß gegen einen renominirten hiesigen Mehler wurde gestern das Urtheil publizirt. Daselbe verurtheilt den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Mark event. 3 Wochen Gefängniß und bestätigt die erfolgte Konfiskation der beschlagnahmten Waare. In den Erwägungsgründen sagt das Polizeigericht, daß es nicht maßgebend sei, daß hier in gewisse Wuchsorten allgemein Stärkemehl zugeführt werde, indem durch die Kreisgesundheitsbehörde festgestellt worden, daß der Zufuhr von Stärkemehl den Wuchersproceß beschleunige und somit die Wuchst schneller in einen Zustand versetzt werde, der bei Genuß die Gesundheit schädige. Zudem sei erwiesen, daß der Angeklagte auch in Wuchsorten, welche hier nicht allgemein mit Stärkemehl versetzt würden, solche Zufuhr gemacht habe und zwar in so reichlichem Maße, daß offenbar eine Fälschung vorliege. Als strafmildernd wurde angenommen, daß der Angeklagte nach der hier üblichen Praxis bis zu einem gewissen Grad bona fide gehandelt habe.

Darmstadt, 26. März. Man schreibt dem „Mainz. Journ.“: Am letzten Samstag fand vor dem hiesigen Bezirksgericht eine gar nicht uninteressante Verhandlung gegen den bekannten, noch immer hier weilenden Johannes Ronge, „freireligiösen Prediger, aber nicht angehört“, wie er sich bezeichnete, obwohl er sich vor Jahresfrist auf derselben Anklagebank noch den Titel „Rentier“ beilegte, wegen Freibergehen statt. Kläger war der Vorstand der aus zwanzig Mitgliedern bestehenden hiesigen deutschkatholischen „Gemeinde“, dem der Beklagte in seiner „religiösen Reform“ Mangel an Ehrgefühl, feige, hinterlistige und lächerliche Handlungen u. s. w. vorgeworfen und die Schale seines ganzen Jorns aber ihn entladen hatte, weil er es gewagt, ihn, den großen Mann, zu „excommuniciren“. Der Stifter des „Deutschkatholicismus“ war der Beleidigung des Vorstandes der hiesigen deutschkatholischen Anstalt! Die Weisungsaufnahme bot eine Reihe von Einblößen in das Wesen und Treiben der „religiösen Reformbewegung“, konstatirte aber unübersehbar, daß Joh. Ronge, der noch gewaltig auf seine 1845 entworfene „Thätigkeit“ zu pochen Lust hatte, woran ihn aber der Vorhänger hinderte, hier und anderwärts so ziemlich jeden Einfluß verloren, ja, daß ihm sogar mit Rücksicht auf gemachte Erfahrungen die nachgefolgte Aufnahme in die hiesige „Gemeinde“ verweigert wurde, womit die angebliche „Excommunication“, gegen welche er in der „Katholischen“ seinen Gänkeleien das Tintenfah getaucht und seiner ganzen ihm inne wohnenden stiftlichen Entfaltung Lust gemacht, freilich zusammenfiel. Tragikomisch ist es indessen, daß man seinen Beitrag von 3 Mark doch entgegengenommen und ihm hierüber quittirt hatte, ein Umstand, der ihm heute strafmildernd zu Statten kam und die Staatsbehörde nur eine Geldbuße von 60 Mark beantragte, worauf Ronge mit Selbstbefriedigung erklärte, er habe seinen Zweck erreicht und sich Ruhe vor den Verdächtigungen und Angriffen in der Presse geschafft. Das Urtheil wird nächsten Samstag verhandelt werden. Ronge wird sich auch demnach — o Ironie des Schicksals — wegen Zuwiderhandlung gegen die von ihm so freudig begrüßten heiligen Kirchengesetze zu verantworten haben.

Walden, 26. März. Unser Abgeordneter Herr Franzen hat bei Gelegenheit der Schulkassen-Debatte in dankswerther Weise eine Angelegenheit zur Sprache gebracht, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich zu einer offenen Wunde für unsere Gemeinde auszubilden scheint: die Weigerung der Staatsbehörde nämlich, den bereits bewilligten Zuschuß für unser Progymnasium auszusprechen. Wie die Staatsbehörde in solcher Weise vorgehen kann, ist hier völlig unbegreiflich. Die Stadt war zur Gründung des Progymnasiums oder vielmehr zur Umwandlung der seit vielen Jahren hier bestehenden höheren Bürger Schule erst dann geschritten, nachdem ein flüssiger Zuschuß von 3000 M. gewährleistet worden war. Der Contract resp. die von der Behörde genehmigten Statuten sagen ausdrücklich, daß die Schule unterhalten werden soll 1) durch das Schulgeld der Schüler, 2) durch den staatlichen Zuschuß von 3000 M. resp. später 4500 M., 3) also erst supplementär durch die Gemeinde; — es waren nach verschiedenen Richtungen hin, z. B. in Folge provisorischer Anstellung einiger Lehrer, kleine Ersparnisse erzielt worden zu dem Zweck, den vom Provinzial-Schulcollegium anerkannten oder von ihm selbst hervorgehobenen Bedürfnissen, z. B. einer Turnhalle, Bibliothek u. s. w. zu genügen; — die Schule nahm unter der Leitung eines wissenschaftlich hervorragenden, arbeitsamen, energiegelassen Rectors und tüchtiger Lehrer eine günstige Entwicklung; — die Gemeinde hörte nicht auf, immer neue Opfer zu bringen; — und nun kommt die Staatsbehörde und sagt, sei ein (nämlich auf Grund ihrer eigenen Forderungen entfallender) Ueberschuß im jährlichen Etat vorhanden, folglich der staatliche Zuschuß unnöthig. Wenn die Staatsbehörde mit einem solchen Vorgehen seinen besonderen, uns verborgenen Zweck verfolgt, so können wir mit Sicherheit behaupten, daß die Folgen davon für unser Progymnasium verhängnisvoll sein werden. Es ist der Stadt schlechthin unmöglich, dasselbe fast vollständig zu unterhalten, da leider die Schülerzahl und demnach auch das eingebrachte Schulgeld eine sehr geringe Höhe erreicht. Sollte vielleicht dieser Umstand eben, nämlich das geringe Prosperiren des Progymnasiums, für die Staatsbehörde maßgebend gewesen sein, so wäre doch folgendes zu erwägen: Es ist wahr, daß trotz aller Hoffnungen und Anstrengungen die Schülerzahl seit der Aufnahme des Progymnasiums unter die „berechtigten“ Anstalten sich eben kaum vermehrt hat, aber worin liegt der Grund? Ist etwa Walden bei uns geiziger Boden für eine höhere Lehranstalt? Es kann kaum ein mehr geeigneter Gedacht werden, wie die Geschichte der früheren höheren Schule leicht beweist, die sich viele Jahre hindurch voller Blüthe erfreute. Ist die Bevölkerung etwa apathisch gegen höhere Bildung? Die Antwort darauf geben die zahlreichen Opfer, welche Walden wie kaum eine andere Stadt in Preußen gebracht hat, um sich eine höhere Bildungsanstalt zu sichern. Nein! Der Grund liegt in den allgemeinen Zeitverhältnissen. Die Gründung des Progymnasiums fällt gerade mit dem Beginn des Culturkampfes zusammen und sonach mit allen jenen neuen Schulverordnungen, welche, mögen sie in welcher Absicht auch immer erlassen sein, wenigstens äußerlich die kath. Erziehung zu beeinträchtigen scheinen. Wir geflehen es nun gerne zu, daß die Herren Lehrer bis jetzt unserer katholischen Bevölkerung zu keiner begründeten Klage Veranlassung geben, sondern sogar mit Strenge und Gewissenhaftigkeit auf Befolgung jener Verordnungen hielten, welche die Schüler noch zu äußeren Religionsübungen verpflichten; wir freuen uns, sagen zu können, daß unser Progymnasium noch nicht in irgend einer mehr oder minder Anstöß erregenden Weise „national“ „liberal“ mißbraucht worden ist; wir lassen der Klage, die sich thatsächlich in der Leitung der Schule offenbart, volle Gerechtigkeit widerfahren; — aber dies Alles konnte nicht hindern, daß die Bevölkerung von Anfang an mit Mißtrauen der Entwicklung des neuen Progymnasiums entgegenah und daß manche Eltern in demselben eine Gefährdung ihrer katholischen Interessen erblickten zu müssen glaubten. Es ist kaum zu bezweifeln, daß dieses Mißtrauen mit der Zeit, zumal bei einer fortwährenden organischen Entwicklung der Schule verschwinden wird; aber Jeder wird auch überzeugt sein, daß der allerwerthvollste Weg, es zu beseitigen, derjenige ist, welchen die Behörde eingeschlagen hat: nämlich die Vermehrung der Klassen, welche die Anzahl den Steuerpflichtigen vermindert.

Rempen, 25. März. Herr Landrath v. Voeninghausen hat die Verwaltung des Kreises angetreten.

Baderborn, 25. März. Am verflochtenen Montag wurde unter zahlreicher und frommer Theilnahme hier die Barmherzige Schwester Wilhelmina Prüßens aus Salztotten zur Ruhe des Grabes beisetzt. Kein Zeiden außerer Ehre schmückte den einfachen Sarg; aber es folgte der Heimgegangenen die dankbare Liebe einer großen Zahl von Kranken und Leidenden, denen sie während ihrer vieljährigen getreuen Wirksamkeit, theils im Krankenhause zu Hamm, theils und besonders in dem bedeutenden Marien-Hospitale zu Hagen, ihre Pflege und Sorge gewidmet hatte.

Von der Weser, 26. März. Früher war die Schiffsahrt auf der Weser so blühend, daß das Sprichwort gang und gäbe war: „Der Schiffer bezahlt nur in Gold.“ Ramentlich war es die Bergfahrt, welche den reichsten Gewinn abwarf. Die Colonialwaaren für Mitteldeutschland wurden zum guten Theile auf der Weser verladen. Das hat sich aber, seit die Eisenbahn so mächtige Concurrenz bietet, total geändert. Am dieser in etwa gewachsen zu sein, mußten sehr große Schiffe gebaut werden, mit denen man nur im Frühjahr und Herbst fahren kann, wenn der Fluß durch Regenmassen ziemlich angeschwollen ist. Hierdurch ging alle Regelmäßigkeit in der Beförderung der Güter verloren; der Schiffer war abhängig von den Launen des Wetters und brachte dieselben durch Wind und Eis die größten Gefahren mit sich. Der regelmäßige Schiffsverkehr mußte sich daher der Eisenbahn zuwenden. Die sonst so lohnende Bergfahrt fiel ganz weg, und nur die Verschiffung von rothen Sandsteinplatten nach Bremen hielt die Schiffsahrt kümmerlich aufrecht. Da kam mit den Milliarden auch wieder der Gedanke, Rhein, Weser und Elbe durch einen Canal zu verbinden. Unsere Schiffer wagten wieder zu hoffen, um jetzt desto mehr entthätigt zu sein. Vom Canal ist keine Rede mehr und die jetzige Schiffsahrt offenbarte sich hier so grell, daß kaum die hohen

**Cachemires,
Beiges,
Grenadines.
Châles.**

Sämmtliche Nouveautés für die Frühjahrs- und Sommer-Saison sind in reicher Auswahl eingetroffen.

Regenmäntel.

Verantwortlicher Redakteur: A. B. Hermann Hofmeister in Bonn. — Verlag: W. Bouquillon. — Druck der Bouquillon'schen Buchdruckerei in Bonn (Estr. Nr. 5).